

Mit der Ausgabe der Euro-Banknoten und -Münzen und der Einziehung der nationalen Geldzeichen zum Jahresbeginn 2002 endet die dreijährige virtuelle Phase der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). Der Euro wird damit in den zwölf Teilnehmerländern zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel und zur allgemeinen Recheneinheit, er wird für den Bürger sichtbar und „begreifbar“ und tritt damit in das Bewusstsein ein. Es scheint, als machten nun auch die Deutschen endlich ihren Frieden mit dem neuen Gelde, selbst wenn sie in ihrer Mehrheit den Euro eher verhalten als freudig begrüßen.

Tatsächlich hatte der Glanz der D-Mark schon vor ihrer unauffälligen Ablösung durch die europäische Währung am 1.1.1999 gelitten. In der Preisstabilität zählte Deutschland in den neunziger Jahren zwar noch zur internationalen Spitzengruppe, wurde aber von anderen Ländern – Frankreich, Finnland, Österreich, Schweden – übertroffen. Und auch als Symbol wirtschaftlicher Stärke taugt die D-Mark nicht länger: Schon seit dem Ende des Vereinigungsbooms – und nicht erst seit 2001 – bildet Deutschland (abwechselnd mit Italien) das Schlusslicht in der EU-Wachstumsliga, beim Abbau der Arbeitslosigkeit und der Schaffung neuer Arbeitsplätze wird die Bundesrepublik ebenfalls von fast allen anderen EU-Ländern in den Schatten gestellt. Die Einführung des Euro wird das Blatt nicht wenden können. Ob sie wenigstens zu der Einsicht beiträgt, dass die europäische Geldpolitik zur Lösung hausgemachter Probleme nicht zur Verfügung steht?

Die Europäische Zentralbank (EZB) verfolgt in ihrer Politik eine europäische Perspektive, und sie nimmt ihre primäre Aufgabe, die Geldwertstabilität zu sichern, aktiv wahr. Sie sah sich dabei in den vergangenen drei Jahren wiederholt der Kritik ausgesetzt. Zuerst versuchte Finanzminister Lafontaine, in einem deutschen Alleingang das Mandat der EZB auf Beschäfti-



Hans-Eckart Scharrer

Eurobargeld kein Schlusspunkt

gungssicherung umzudefinieren und statt ihrer die Tarifpartner auf die Sicherung der Geldwertstabilität zu verpflichten. Dann musste sich die Bank wegen ihrer Vernachlässigung des Euro-Wechselkurses verteidigen; diese Kritik ist seit der Kursstabilisierung vor einem Jahr verstummt. Schließlich wird der EZB seit der Abkühlung der wirtschaftlichen Lage immer wieder das Fed und dessen konjunkturorientierte (bis jetzt freilich unwirksame) Zinspolitik als leuchtendes Vorbild hingestellt. Allen diesen Urteilen liegt ein mangelndes Verständnis von dem spezifischen Mandat der EZB und der gewollten wirtschaftspolitischen Aufgabenteilung zwischen ihr, der öffentlichen Finanzpolitik, der Tarifpolitik und der staatlichen Ordnungspolitik zugrunde.

Die EZB hat Kritik freilich auch selbst provoziert. Ihre gelegentlich überraschenden geldpolitischen Entscheidungen waren nicht immer überzeugend begründet, vor allem die ständige Verletzung des Geldmengenziels sorgte – und sorgt – für Irritationen. Die prinzipiell durchaus sinnvolle Zwei-Säulen-Strategie hat manchmal den Anschein der Beliebigkeit erweckt, und auch die Veröffentlichung – und zugleich Relativierung – ihrer Inflationsprognose trägt nicht zur Klarheit bei. Dabei ist der Bank zu attestieren, dass sie angesichts der weltwirtschaftlichen Verwerfungen und der

unterschiedlichen nationalen Entwicklungen im Euroraum in den ersten Jahren durchaus erfolgreich agiert hat. Diese Verwerfungen äußerten sich zunächst in den Nachwirkungen der Asienkrise, dann in der Verdreifachung des Rohölpreises bei gleichzeitiger Euro-Schwäche und zuletzt in der starken Abkühlung der Weltkonjunktur vor und nach dem 11. September. Vor allem auf den Konjunkturückgang hat die Bank maßvoll und besonnen reagiert und der aktivistischen Politik des Fed (und Forderungen aus Politik und Kreditwirtschaft) ihren eigenen Akzent der Verstetigung entgegengesetzt. Die Früchte dürften sich im kommenden Jahr zeigen. Das Vertrauen in anhaltende Geldwertstabilität scheint jedenfalls gegeben: die langfristigen Zinsen sind mit 4,5% unverändert niedrig.

Die erfolgreiche Startphase ist freilich keine Garantie für einen langfristigen Erfolg des Experiments EWU. Einige Regierungen zeigen bei der Einhaltung des Stabilitätspaktes bereits Ermüdungserscheinungen und suchen nach Rezepten, um sich der lästigen finanzpolitischen Disziplin entziehen zu können. Das Inflationsgefälle im Euroraum übersteigt mit einer Spanne von drei Prozentpunkten deutlich die Konvergenzmarge; sollte es sich verfestigen, dürfte dies regionale Strukturverzerrungen nach sich ziehen. Der Binnenmarkt ist von der Vollendung unverändert weit entfernt, die Einführung des Euro hat die vorhandenen Barrieren – etwa auf dem Finanzmarkt – noch stärker hervortreten lassen. Und die nationalen Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte sind weiterhin durch erhebliche Rigiditäten gekennzeichnet, die eine einheitliche Geldpolitik auf die Dauer politisch erschweren. Schließlich steht die EU vor der Notwendigkeit, die EZB institutionell – durch radikale Verschlinkung des schon jetzt achtzehnköpfigen EZB-Rates – für die Osterweiterung fit zu machen. Die Einführung des Euro-Bargeldes ist daher kein Schlusspunkt: Sie markiert neue Aufgaben für die europäische Wirtschaftspolitik.